

Ärzte unter SED-Kontrolle

Mitbestimmung des FDGB — Jetzt auch Kollektivierung der Intelligenz

Berlin (Eigenbericht). Noch während die Bauernflucht in vollem Gange ist, zeichnet sich bereits eine neue Ärzteflucht aus der sowjetischen Besatzungszone ab. Zwischen dem kommunistischen „Freien Deutschen Gewerkschafts-Bund“ und der Ärzteschaft Ostberlins laufen gegenwärtig Verhandlungen über einen neuen Vertrag, der die Mitbestimmung des FDGB auch in der letzten Arzt- und Zahnarztpraxis zum Ziele hat.

In dem neuen „Tarifvertrag für die Beschäftigten in den privaten Arzt- und Zahnarztpraxen, in Röntgen-, Diagnostischen und Therapeutischen In-

leitungen, Ortsgewerkschaftsleitungen bzw. Kreisvorstände in allen betrieblichen Fragen auf der Grundlage der gesetzlichen Bestimmungen und der Beschlüsse des FDGB im Betrieb gesichert.“ Die personelle Besetzung der Stellen in allen Arztpraxen Ostberlins wird damit praktisch in die Hand des FDGB gelegt. Alle Arbeitsverträge bedürfen in Zukunft der Zustimmung der Gewerkschaftsleitung.

SED sucht „Werber“

DT. Berlin (Eigenmeldung). Aus einigen Orten im Bezirk Leipzig ist bekanntgeworden, daß man jetzt dazu übergeht, nicht die bekannten Parteifunktionäre zur „Werbung“ für die sog. Landw. Produktionsgenossenschaften einzusetzen, sondern Leute, die der SED nicht angehören und in ihrer Umgebung einen guten persönlichen Leumund genießen. In einem dieser Orte sind in der vergangenen Woche mehrere Einwohner zu einem Schulungstag gerufen worden, der im „Klubhaus“ morgens begann und bis abends dauerte. Man verspricht sich von dem „Einsatz“ dieser nicht parteigebundenen Männer offenbar einen besseren Erfolg.

Wie verlautet, soll die Aktion „Vollgenossenschaftliche Dörfer“ bis zum 8. Mai — dem „Tag der Befreiung“ — abgeschlossen sein. An diesem Tag sind dann alle Bauern in Mitteldeutschland von ihrem Eigentum befreit.

stituten sowie für die Beschäftigten in zahntechnischen Laboratorien der Zahnärzte in Großberlin“ heißt es u. a.: „Die Rechte der Beschäftigten werden durch das Mitbestimmungsrecht der Betriebsgewerkschafts-

Verhandlungen in einer Präambel zu dem neuen Tarifvertrag festlegen wollten, daß die Ärzte keinerlei Verpflichtungen dem FDGB gegenüber haben sollten, sich nicht durchsetzen können, so wird man der Ärzteschaft der Zone diesen Vertrag als nachahmenswertes Muster vorlegen.

Bereits 1958 hatten die Zonemachthaber einen derartigen Druck auf die Ärzteschaft ausgeübt, daß allein in sechs Monaten 621 Ärzte flüchteten. Selbst die SED mußte von einem „Aderlaß“ sprechen und sah sich schließlich gezwungen, einige Konzessionen zu machen. Im „Neuen Deutschland“ war Ende des Jahres 1958 den Ärzten zugesichert worden, daß ihnen keine parteipolitische Bindung zur Auflage gemacht werde und daß niemand seine eigene Praxis aufgeben müßte.

Trotz dieser SED-Versprechungen und der Reiseerleichterungen verließen aber weiterhin ständig Ärzte die Zone.

Ständiger Rat gefordert

Berlin (ap/upi). Die Bildung eines Ständigen Rates von Stellvertretern der Außenminister zur Regelung deutscher und europäischer Probleme hat der Vorsitzende des Kuratoriums Unteilbares Deutschland, Schütz, vorgeschlagen. Sitz dieses Rates könnte Berlin sein. Schütz regte ferner an, die Deutschen sollten im Kampf um das Selbstbestimmungsrecht die politischen Methoden des Antikolonialismus anwenden. Auf diese Weise würde eine gemeinsame Front mit den freiheitswilligen Völkern in Asien und Afrika hergestellt,

Chruschtschow und Europa

DT. —kehrte Chruschtschow mit Erfolgen nach Moskau zurück oder verließ er Paris mit den Gefühlen eines enttäuschten Wanderpredigers? Wir können diese Frage nicht auf Anhieb beantworten, doch fällt uns auf, daß sie hierzulande ohne jeden furchtsamen Zweifel, ja selbst ohne Nervosität gestellt worden ist. Die Gelassenheit, mit der die Deutschen einschließlich ihres stets zu eiligen Demarchen aufgelegten Diplomatischen Korps in Bonn die Agit-Prop-Tour des sowjetischen Ministerpräsidenten nach Frankreich verfolgten, ist ungewöhnlich. Bundeskanzler Adenauer hielt es nicht für erforderlich, seine Reisepläne den Ereignissen in Frankreich anzupassen. Er hielt sogar Außenminister von Brentano in seiner Umgebung, statt ihn im Düsентempo zur Wacht am Rhein zu entsenden. Während Chruschtschow das Nachbarvolk der Deutschen an die finstersten Abgründe der Vergangenheit zerrte und das schildernde Bild einer französisch-sowjetischen Allianz entwarf, frühstückte der Kanzler in Tokio gemütlich mit Kaiser Hirohito. Wir empfanden diese ruhige Sicherheit, die so selten geworden ist in unseren Tagen, als ein gutes Zeichen. Es deutet auf das Vertrauen hin und auf die schweigende Übereinstimmung im wesentlichen, die zwischen Frankreich und Deutschland heute bestehen. Die Frage ist nur: ist das genug für die Sicherheit Europas?

★

Chruschtschow war nach Paris und durch Frankreich gestürmt, um das junge Bündnis der einst tiefverfeindeten Nationen zu zerstören. Um diese teuflische Korrektur am Lauf der Geschichte zu vollziehen, rührte er, wo er ging und stand, an alte Wunden. Gemessen an dem, was Chruschtschow in Frankreich unternahm, war sein Besuch in den Vereinigten Staaten eine philanthropische Veranstaltung. Freilich verfolgte er dort ein anderes Ziel. In Amerika ging es ihm um die Weltformel der Koexistenz, um die

Vernebelung des kritischen Geistes. Hier, in Frankreich, sollte das Dynamit der Intrige in die Narben einer tragischen Vergangenheit dringen, um das kontinentaleuropäische Verteilungskombinat in die Luft zu jagen. Aber der Wirbelwind, der den tödlichen Sprengstoff über Frankreich wehte, erlahmte bald. Es fiel auf, daß Chruschtschow im Laufe seiner Rundreise mit Tiraden gegen Deutschland immer sparsamer wurde. Verdrossenheit, Resignation, Diplomatie? Der Sowjetmensch ist schwer zu durchschauen. Wir meinen ganz einfach, er hat sich auf die entscheidende Auseinandersetzung mit de Gaulle konzentriert. Das ist nämlich der zweite, noch wichtigere Unterschied zwischen den Besuchen in den USA und Frankreich: Chruschtschow begegnete in Rambouillet nicht einem Präsidenten, der sich anschießt, sein Amt aufzugeben, das er als schwer lastende Pflicht empfindet, sondern einem Staatschef, der die Macht beansprucht, weil er eine Konzeption besitzt, die das Schicksal der Welt in die Hände Europas zurücklegen will. Über diesen Gedanken läßt sich streiten, aber in einer Zeit, da die Waffen machtlos geworden sind, kommt erneut der Geist zum Zuge. Chruschtschow traf in dem stillen Schloß auf den derzeit wohl bedeutendsten Staatsmann der westlichen Welt.

★

Der weltrevolutionäre Derwisch hat vermutlich den Kopf geschüttelt, als er sah, daß de Gaulle ihn über die chinesische Gefahr in den europäischen Griff bekommen wollte. Doch handhabt der General den anderen den aktuellen Weltaspekt, nicht weniger virtuos. Der Ost-West-Konflikt reduziert sich in seiner ahnenden Phantasie auf einen möglichen Konflikt zwischen Westeuropa und der Sowjetunion. De Gaulle hat schon mehrmals die Befürchtung geäußert, daß Westeuropa eines Tages in die Lage geraten könnte, sich ohne überseeische Hilfe dem Kommunismus entgegenstemmen zu müssen. Sein Drängen in den Atomklub verfolgt das Ziel, die politischen und militärischen Entscheidungen über Europa wieder in westeuropäische, genauer französi-

sche Hände zu nehmen. Dazu gehört aber notwendig ein enges Bündnis mit der politischen, industriellen und militärischen Macht Bundesrepublik. An diesem Punkte des Gesprächs in Rambouillet dürfte Chruschtschow, so weit können wir die Spekulation vorantreiben, das Kopfschütteln beendet haben; denn hier ist der Weltrevolutionär auf den konservativen Nationalrevolutionär gestoßen, der in der Weltmacht Frankreich den Ansatzpunkt seiner viele Aspekte umgreifenden Konzeption erblickt.

Der harte Akzent, den der atomare Bombenknall setzte, sollte Chruschtschow auch die Illusion rauben, daß es auf dem westeuropäischen Kontinent irgend etwas zu spalten gäbe. Ob das gelungen ist, wir wissen es nicht. Mit Sicherheit aber traf die Explosion die angelsächsische Übereinkunft von Camp David, die Atomversuche zu beenden. Dieser Affront ist ein Symbol für die Situation des Westens, speziell aber Europas, das Britannien ja in sich schließt. Die weltpolitische Konzeption de Gaulles ist von starken antiangelsächsischen Affekten bestimmt. Das macht ihre Tragik aus und ihr Gelingen unwahrscheinlich; das schwächt auch die deutsche Position.

★

Die Bundesrepublik besitzt in dem französischen Staatschef einen loyalen Verbündeten. De Gaulle tritt energischer als andere Partner unseres Landes für den Status Berlins und einen engen deutsch-französischen Zusammenhalt ein, ohne den Europa den strategischen und wirtschaftlichen Boden verlore. Das sichert Frankreich in deutschen Augen eine Vorzugsstellung gegenüber England, das jeder Kräftesammlung auf dem Kontinent aus den geschichtlichen und pragmatischen Gründen seines insularen Sonderdenkens mißbraut. Die Verschlechterung der deutsch-britischen Beziehungen in den letzten Monaten hat das schmerzlich zum Bewußtsein gebracht. Der antikontinentale Protest Macmillans kann uns aber ebensowenig wie de Gaulles kontinentale Introversion darüber hinwegtäuschen, daß das Europa diesseits und jenseits des Ärmelkanals eine Schicksalsgemeinschaft bildet.

Eisenhower für Moratorium

Chruschtschow lehnt westlichen Abrüstungsplan ab

Washington/Genf (ap/upi). Die Auseinandersetzung über die Abrüstungsvorschläge von Ost und West hat sich von Genf wieder auf höchste Ebene verlagert. Das Geplänkel in Genf ist zum Eröffnungsgespräch für die Gipfelkonferenz am 16. Mai geworden. Sowohl Präsident Eisenhower als auch Ministerpräsident Chruschtschow bezogen am Mittwoch Stellung.

In Washington erläuterte Präsident Eisenhower den mit Premierminister Macmillan ausgearbeiteten Vorschlag dahin, daß er der Sowjetunion ein Moratorium für die noch nicht einwandfrei feststellbaren Versuche bis zum 20. Januar nächsten Jahres, dem Ende seiner Amtszeit, vorschlagen werde. Er begründete die kurze Frist damit, daß er seinen Nachfolger nicht mit einer derartigen Entscheidung außerhalb eines förmlichen Vertrages binden könne. Eine Einigung zwischen Ost und West in der Frage des Atom-

versuchsstops halte er für vorzuziehend, betonte der Präsident. Er äußerte ferner die Ansicht, daß die Sowjetunion tatsächlich ein gewisses Maß an Abrüstung wünsche und brauche, weil sie sich aus wirtschaftlichen Gründen von einem Teil der drückenden Rüstungslast befreien wolle. Sie versuche jedoch nach wie vor, den Westen zur Annahme der sowjetischen Bedingungen zu bewegen.

Die westlichen Abrüstungsvorschläge, die zu Beginn der Genfer Zehnmächte-Konferenz vorgelegt wurden, sind am Mittwoch von Ministerpräsident Chruschtschow mit einem harten „nein“ abgelehnt worden. Auf einer improvisierten Pressekonferenz auf der Fahrt von Lille nach Rouen behauptete Chruschtschow, der Westen verleugne selbst das Prinzip der Abrüstung. „Zwischen dem westlichen und dem östlichen Plan gibt es keine Gemeinsamkeit“, sagte er.

eines für die gesamte Zone gültigen Personal-Ausweises sind, aus den Zügen heraus verhaftet.

Während so die Menschen in Mitteldeutschland unter einem unablässigen wirtschaftlichen und seelischen Druck leiden, hat die SED im ehemaligen großherzoglichen Schloß Ludwigslust einen „Festgottesdienst“ abhalten lassen, in dem Genosse Pastor Kleinschmidt die Enteignung der Bauern als sozialistische Befreiungstat feierte. So wurde dem Unrecht noch eine Krone aufgesetzt, doch in den Augen der freien Welt dem Leid ein Spott hinzugefügt, der nicht mehr zu überbieten ist. Schon häufen sich die Zeichen, daß nach den Bauern auch die Handwerker und Gewerbetreibenden um den letzten Teil ihrer Existenz gebracht werden. Die Toleranz gegen die frei praktizierenden Ärzte und Zahnärzte scheint ebenfalls ihrem Ende entgegenzugehen. Das alles geschieht, um aus Mitteldeutschland auch de facto den westlichen Vorposten des sowjetischen Imperiums zu machen.

Das angekündigte Weißbuch der Bundesregierung über die Vorgänge kommt in einem rechten Augenblick. Es wird, soweit es noch nicht der Fall ist, der Welt die Augen öffnen über die Terrormaßnahmen eines Systems, das von der Bevölkerung weder gewählt worden ist noch jemals von ihr anerkannt werden wird.

Die SED nennt es Frühling

DT. Wenn man den kommunistischen Propagandameldungen Glauben schenken darf, sind seit dem 1. April 80 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche Mitteldeutschlands zwangskollektiviert. Das SED-Zentralorgan „Neues Deutschland“ brachte eine diesbezügliche Meldung unter der Überschrift „Sozialistischer Frühling“ auch in den Bezirken Schwerin, Cottbus, Magdeburg und Leipzig“. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß am 1. Mai — nach einer anderen Lesart soll es sinnigerweise acht Tage später am „Tag der Befreiung“ sein — SED-Chef Ulbricht die Meldung entgegennehmen kann: Befehl zum Eintritt der Bauern in die

Produktionsgenossenschaften hundertprozentig ausgeführt! An die auf den Verpflichtungsscheinen stehende Freiwilligkeit glaubt nicht einmal der überzeugteste Parteigenosse in Kötzschenbroda. Dazu ist der Widerstand der Betroffenen zu groß, und die Art, wie ihn Ulbrichts Beauftragten zu brechen suchen, hat ein Weltecho aus-

gelöst, das auch im entlegenen Dorf Vorpommerns zu vernehmen ist.

So radikal auch die Enteignung bereits in acht Bezirken der Zone vorgenommen worden ist, die uns täglich erreichenden Meldungen lassen erkennen, daß trotz der lautstark verkündeten Vollsozialisierung der Widerstand der Bauern noch nicht gebrochen ist. Zentren dieses Widerstandes liegen im Spreewald, wo sich besonders die wendischsprechende Bevölkerung auflehnt und auf ihre von der SED zugesicherten Sonderrechte pocht, in der Magdeburger Börde und im thüringischen Eichsfeld. Daß die Enteignungsaktion nicht so reibungslos vor sich geht, wie die kommunistische Presse weismachen will, zeigt die Anweisung an die sowjetzonalen Bauernbank, bei größeren Barabhebungen die zuständigen Abschnittsleiter der „Volkspolizei“ zu benachrichtigen. Die Züge nach Ostberlin werden scharf kontrolliert und Bauern, soweit sie überhaupt noch im Besitz

Ärzte leisten Widerstand

Berlin (Eigenmeld.). Über „Einwände“, „kritische Hinweise“ und „berechtigte Vorschläge“ aus privaten Ärztekreisen im Zusammenhang mit dem Versuch des kommunistischen FDGB, unmittelbaren Einfluß auf die noch freien Arztpraxen in Ostberlin zu nehmen, berichtet das Ostberliner Gewerkschaftsorgan „Tribüne“. Damit wird indirekt der Widerstand vieler Ärzte gegen den Plan des Gewerkschaftsbundes zugegeben, die durch Lohnerhöhungen im ärztlichen Dienst den Privatärzten entstehenden Mehrkosten über die Verwaltung der Sozialversicherung zurückzuerstatten und mit dem Staatshaushalt zu verrechnen.

Stimme eines Inder

DT. Ein Narr? Ein Phantast? Vielleicht ein seltsamer Heiliger? Wer von uns — Hand aufs Herz — hat etwas anderes in jenem Inder gesehen; der im Oktober vergangenen Jahres am Brandenburger Tor in einem Zeit wohnte und mehrere Wochen fastete, um auf diese Weise auf sich und seine Bewegung des gewaltlosen Widerstandes gegen die Gewalt aufmerksam zu machen! Der 32jährige indische Ingenieur T. N. Zutshi hatte damals Berliner aus Ost und West aufgefordert, sein Gelöbnis zu unterschreiben: „Ich hungere lieber, als daß ich meine Freiheit aufgebe.“ 8500 Personen haben den Aufruf unterzeichnet.

Man darf annehmen, daß weit mehr Berliner bereit wären, lieber zu hungern, als ihre Freiheit aufzugeben. Aber sie scheuten sich zweifellos, das durch ihren Namenszug in irgendeiner Liste eines unbekanntem indischen „Hungerkünstlers“ zu attestieren. Dieser Stil entspricht nicht ihrer Mentalität.

Inzwischen ist etwas geschehen, was weit über Berlin hinaus aufhorchen ließ, und was die meisten hiesigen Zeitungen veranlaßt hat, die ein wenig erheiternde Zutshi-Story aus der lokalen Berichterstattung in den politischen Teil der Blätter zu übernehmen. Der Inder hat etwas Unerhörtes gewagt: Er hat Ulbricht einen Brief geschrieben, in dem er ihn als das Symbol der Tyrannei bezeichnet und zugleich erklärt, sein Regime bedrohe den Weltfrieden. Er, Zutshi, glaube daher, „daß alles, was auch immer getan wird, Ihr Marionetten-System zu schwächen, gut für den Weltfrieden ist“. Er kündigte dann in dem Brief seine Demonstration für die Freiheit und die Wahrheit in Ostberlin mit genauer Zeit- und Ortsangabe an. Ein beträchtliches Aufgebot des SSD hat ihn, wie gemeldet, am Sonnabend am

Alexanderplatz in Empfang genommen und verhaftet.

Ein junger Mann aus einem großen Volk in einem fernen Land ist über Tausende von Kilometern nach Berlin gereist, um sich ein wahrheitsgemäßes Bild von der Situation zu verschaffen und daraus die ihm richtig erscheinenden Konsequenzen zu ziehen. Diese Konsequenz heißt für den Schüler Mahatma Gandhis: Aufruf zum gewaltlosen Widerstand gegen den Unrechtsstaat. Damit aber sein Aufruf an die Berliner glaubwürdig werde, begibt er sich mit jenem Schild um den Hals in den Ostsektor, das eine kühne, ja, wir möchten fast sagen, wahnwitzige Aufforderung

enthält: Die Furcht abzulegen und die Wahrheit zu sprechen.

Wer wollte dem Inder seine Bewunderung versagen? Die Erfahrung hat gelehrt, wo solche Aktionen der Offenheit enden. Zutshi wird gewiß leiden müssen. „Der gewaltlose Kämpfer“, so schreibt er in einer Erläuterung des Begriffs Satyagraha, des gewaltlosen Widerstandes, „läßt bewußt Leiden auf sich selbst. Er wird unter Umständen gefangen gesetzt oder verfolgt, manchmal verliert er sein Besitztum. Aber sein Leiden verändert die Atmosphäre um ihn herum. Er gibt seinen Mitkämpfern Kraft und vermindert die Härte der Gegner.“

Sonderbotschafter nach Guinea

v. Etdorf soll Sekou Touré auf den Zahn fühlen

W. Bonn (Eigenbericht). Das Auswärtige Amt hat einen seiner höchsten Beamten nach Conakry geschickt, um endlich festzustellen, ob offiziell Beziehungen zwischen Guinea und Pankow aufgenommen worden sind. Ministerialdirektor von Etdorf soll diese Frage dem Staatspräsidenten Guineas, Sekou Touré, persönlich vorlegen. Zu diesem Schritt sah die Bundesregierung sich gezwungen, da der Botschafter von Guinea, Nabi Youla, wider Erwarten noch nicht wieder nach Bonn gekommen ist und man nicht ausfindig machen kann, ob er sich in Paris, in Conakry oder anderswo aufhält.

Inzwischen ist bekanntgeworden, daß der Botschafter Guineas in Moskau, Conte, einem Diplomaten der Bundesrepublik eine interessante Mitteilung gemacht hat: Conte, der im Februar durch seinen Besuch bei Wilhelm Pieck in Ostberlin die Zweifel an dem Verhältnis Guineas zu Pankow ausgelöst hatte, hat danach versichert, er habe keineswegs ein Beglaubigungsschreiben übergeben, sondern nur eine persönliche Botschaft Sekou Tourés an Pieck. Sollte sich diese Darstellung bestätigen, wären die Berichte der sowjetzonalen Zeitungen, die von der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Guinea und Pankow sprachen, falsch.

SSD-Druck auf Senatsangehörige

Berlin (Eigenmeldung). Der sowjetzonale Staatssicherheitsdienst versucht in Westberlin mit neuen Methoden, auf bestimmte Senatsangehörige einen Druck auszuüben. Wie ein Senatssprecher mitteilte, haben in der letzten Zeit mehrere Senatsangehörige, die Verschlussachen bearbeiten, anonyme Anrufe erhalten. Es ist ihnen mitgeteilt worden, ein unbekannter Mann hätte bei einem Unfall in Ostberlin seinen Namen und die Telefonnummer genannt. Der Betreffende wird gefragt, ob er

nicht einen Bekannten oder Verwandten in Ostberlin kenne, der sich um den Verletzten kümmern könne. Offenbar beabsichtigt der SSD dann, die Verwandten in Ostberlin aufzusuchen, um von ihnen persönliche Einzelheiten über die Senatsangehörigen zu erfahren oder — im Weigerungsfall mit irgendwelchen Maßnahmen zu drohen.

Innensenator Lipschitz wird in einem Runderlaß vor derartigen Telefongesprächen warnen und Anweisung erteilen, daß künftig keine telefonischen Auskünfte über Bewohner Ostberlins gegeben werden dürfen.

Beim Wort nehmen

DT. Hat die Forderung nach dem Selbstbestimmungsrecht des ganzen deutschen Volkes überhaupt eine Chance, draußen in der Welt und hier im eigenen Lande gehört und erhört zu werden? Der Aufruf des Kuratoriums Unteilbares Deutschland zur Aktion Selbstbestimmung läßt uns diese Frage stellen. Sie verträgt keine Antwort aus rosigem Optimismus, der sich nur zu oft mit Ahnungslosigkeit paart. Einzig die ungeschminkte Wahrheit ist der Sache dienlich. Sie lautet: Das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen hat viele Feinde.

Der schlimmste Feind steht im eigenen Lande. Das Zonenregime errichtet in hektischer Eile die Barrikade der Kollektivierung. Sie soll den Weg zur Selbstbestimmung des ganzen deutschen Volkes blockiert haben, bevor noch auf der Gipfelkonferenz in Paris über Deutschland gesprochen werden kann. Die Tragödie des mitteldeutschen Bauerntums, die Vernichtung des freien Handwerks, die Vergesellschaftung des Arztberufes — Pankow scheut vor nichts zurück, um die gesellschaftliche Spaltung des Landes zu vollenden. Sie soll die staatliche Teilung unüberwindlich machen. Erkennen wir das, sieht das die Welt?

Der Propagandareisende Chruschtschow setzt alle rhetorischen Mittel ein, um dieses Werk von außen abzusichern. Er reist durch die Welt und bezichtigt den freien Teil Deutschlands überall des Rückfalls in die nationalsozialistischen Laster. Der Vorwurf ist absurd; aber hat Chruschtschow wirklich nur Mißerfolge, wenn er das schreiende Unrecht in der Sowjetzone und den Ruf der Deutschen nach Freiheit und Selbstbestimmung mit Cassandra-Gebrüll zu übertönen sucht? Gewiß, unsere Verbündeten halten zu uns. Sie bekennen sich zum Selbstbestimmungsrecht der Deutschen. Aber gibt es im Westen nicht unübersehbare Zeichen des weltpolitischen Ruhebedürfnisses? Und verlangt nicht die kommunistische Herausforderung des globalen Wirtschaftskrieges eine Strategie, welche die politischen Fragen Europas

als Probleme unter vielen ebenso wichtigen anderen behandelt?

Wir wissen es: Die Leiden Deutschlands vermögen die Welt nicht nur zu erregen; sie können sie auch ermüden. Wir sind nicht der Nabel der Welt. Die Frage nach den Chancen der deutschen Selbstbestimmung ist daher zunächst eine Frage an uns selbst. Eine Frage an die Festigkeit unseres gerechten Willens, an den persönlichen

Einsatz. Solange wir entschlossen sind, das Recht auf Selbstbestimmung unausgesetzt und vernehmlich zu fordern, ist nichts verloren und alles zu gewinnen. Chruschtschow führt das Wort Selbstbestimmung im Munde, wenn es ihm darum geht, in Asien und Afrika um Sympathie zu werben. Er muß beim Wort genommen werden. Die Aktion Selbstbestimmung bietet dazu eine Gelegenheit.

„Selbstbestimmung auch für uns“

Die deutsche Forderung zur Gipfelkonferenz

Berlin (Eigenbericht). Zu einer Protestaktion der gesamten Bevölkerung gegen die Teilung Deutschlands hat das Kuratorium Unteilbares Deutschland in Berlin aufgerufen. Mit 400 000 Plakaten, zahlreichen Großkundgebungen, dem Verkauf des Abzeichens „Brandenburger Tor“ und Veranstaltungen der Jugend soll die Weltöffentlichkeit zur Gipfelkonferenz am 16. Mai und zum „Tag der deutschen Einheit“ am 17. Juni an die Forderung der Deutschen auf freie Selbstbestimmung erinnert werden.

„Wir verlangen die Gleichberechtigung mit den Völkern Asiens und Afrikas“, erklärte der geschäftsführende Vorsitzende des Kuratoriums, Doktor Schütz, auf einer Pressekonferenz. Ausländische Behauptungen, die Deutschen hätten sich mit der Teilung ihres Landes abgefunden, wurden vom Regierenden Bürgermeister Brandt zurückgewiesen. Wörtlich sagte er: „Jetzt fangen wir erst richtig an.“ Die Welt werde nach einiger Zeit begreifen lernen, daß das Recht auf Selbstbestimmung „auch für Menschen mit weißer Hautfarbe gilt“.

Die „Aktion Selbstbestimmung“, mit der ein Bekenntnis der Bevölkerung zur Hauptstadt Berlin verbunden ist, beginnt mit mehreren Großkundgebungen zur Gipfelkonferenz am 16. Mai. Am 4. Juni starten an sechs Punkten der deutschen Westgrenze Jugendliche zu einem Staffellauf quer durch die Bundesrepublik zur Zonen-grenze, wo sie am 17. Juni ein-treffen werden. Höhepunkt ist eine Jugendkundgebung mit dem Bundespräsidenten auf dem Hohen Meißner bei Eschwege am Abend des 17. Juni.

„Die Selbstbestimmung wird nur denjenigen gewährt, die sich dafür einsetzen“, erklärte Schütz. Der Weg zur Wieder-

vereinigung führe über die Selbstbestimmung. Wenn das deutsche Volk sein Ziel mit politischen Mitteln erreichen wolle, so müsse es sich in entscheidenden Augenblicken selbst zu Wort melden. Außerdem gab Schütz bekannt, daß sich das Kuratorium mit einem Appell an die Menschenrechtskommission der UNO wenden wird, um die Weltöffentlichkeit auf die Not der Deutschen in der Sowjetzone und vor allem auf die Unterdrückung der Bauern und des Mittelstandes sowie auf die zehntausend politischen Häftlinge in den sowjetzonalen Zuchthäusern aufmerksam zu machen.

Die Forderung nach Selbstbestimmung wird nach Mitteilung von Brandt auch im Mittelpunkt der Berliner Freiheitskundgebung am 1. Mai stehen. Die „Aktion Selbstbestimmung“, sagte der Regierende Bürgermeister, sei für das Schicksal Berlins besonders wichtig, und die Stadt werde daher mit der Markkundgebung „vorneweg marschieren“. Chruschtschow habe kürzlich das Recht auf Selbstbestimmung für die Patschunen, einen Volksstamm an der Grenze Afghanistans, gefordert — „uns Deutschen steht dieses Recht auch zu“.

Vopo jagt flüchtende Bauern

Nach erzwungener Unterschrift — Produktionsgenossenschaften stark verschuldet

Berlin (dpa). Die Not der Bauern in der Sowjetzone wird von Tag zu Tag größer, die verbitterten Gesichter der niedergeschlagenen Bauern, die im Flüchtlingslager Marienfelde auf ihre Notaufnahme warten, sprechen eine bereite Sprache. 20 bis 30 Bauern mit ihren Familienangehörigen — 60 bis 80 Menschen — treffen gegenwärtig täglich in Westberlin ein. Ihre Berichte sind erschütternd.

In diesen Tagen machen Volkspolizisten in den Zügen, die in Richtung Berlin fahren, noch regelrechte Jagd auf flüchtende Landwirte. Alle Reisenden, in deren Personalausweis oder Versicherungskarte der Beruf Landwirt eingetragen ist, werden bei den verschärften Kontrollen schon weit vor Berlin aus den Zügen geholt. Jetzt verlangt die Volkspolizei von reisenden Bauern sogar Urlaubsscheine der LPG-Vorsitzenden; denn nur mit Genehmigung des LPG-Vorsitzenden dürfen jetzt die Genossenschaftsbauern ihre Arbeitsstellen und ihre Heimatorte verlassen.

Mit Drohungen

Aus den Berichten der geflüchteten Zonen-Bauern wird eines völlig klar: es gibt keine Möglichkeit, sich der Unterschrift zum Beitritt zur LPG auf die Dauer zu entziehen. Ebenso deutlich wird, daß die Kollektivierungsmethoden, die die Zonen-Funktionäre anwenden, praktisch überall die gleichen sind. Nach der oft tagelangen Bearbeitung der Bauern durch Werberkolonnen droht das Finanzamt, und zum Schluß werden die Bauern zur Staatsanwaltschaft vorgeladen. Ein Grund, uns in die LPG zu pressen, so sagen resignierend die Bauern, hat sich noch immer gefunden.

Wenn man den Berichten der geflüchteten Bauern folgt, muß man zu dem Schluß kommen, daß die kommende Ernte in der Sowjetzone weit hinter den Ergebnissen der bisherigen bleibt. Ein alter Bauer aus Mecklenburg formulierte das so: „Bis jetzt habe ich jeden Tag und jede Woche im voraus überlegt, was zu tun am dringendsten ist. Wenn mich jetzt so ein 25jähriger Agronom morgens zu irgendeiner Arbeit einteilt und ich weiß, daß das falsch ist, dann würde ich ihm am liebsten ein

paar langen, aber so ... sehe ich eben zu, wie ich meine acht Stunden herumkriege.“ Das sei die Auffassung aller bisher freien Bauern. Die Hoffnung der Sowjetzonen-Behörden, daß durch den Beitritt und die Übernahme des Besitzes der Einzelbauern das Mindersoll der LPG ausgefüllt werden könnte, geht nach Ansicht der geflüchteten Landwirte auf keinen Fall in Erfüllung.

Die Lohnfrage

Eine andere Frage, die die neuen Genossenschaftsbauern bewegt, ist die der Entlohnung. Bisher lag die Arbeitseinheit bei den landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften bei 6 bis 9 DM pro Tag für das Genossenschaftsmitglied. Seit dem 1. Januar gibt es für die meist verschuldeten LPG keine Lohnbeihilfen des Staates mehr. Bei Lage der Dinge erwarten die Bauern für die Zukunft noch 2 bis 3 DM Arbeitseinheit pro Tag. Ein geflüchteter Buchhalter aus der Landwirtschaft der Zone bezifferte die Schulden für 80 LPG, deren Entwicklung er beobachten konnte, auf über 30 Millionen DM. Diejenigen Bauern, die statt die Unterschrift zu leisten, geflüchtet sind, erwarten, daß viele der zunächst einmal unter dem Druck der Zonen-Funktionäre den LPG beigetretenen Bauern nach Ostern ebenfalls die Zone verlassen werden. Die ersten LPG-Flüchtlinge sind bereits in Berlin eingetroffen.

Nervenzusammenbruch

In der Ortschaft Klaeden, Kreis Stendal, mußte der Bauer Steffens mit einem Nervenzusammenbruch in ein Krankenhaus transportiert werden. „In der Bauern-Revolution hat es so viele Opfer gegeben, daß auch wir uns nicht scheuen, über zwei bis drei Opfer ins Dorf hineinzugehen. Wir werden die

Einzelbauern so lange bearbeiten, bis wir sie alle in den LPG haben.“ So faßte kürzlich ein SED-Funktionär nach erfolglos verlaufener Bauernversammlung in Culitzsch, Kreis Zwickau, seine Meinung zusammen. Als nach erfolglosem Versuch vierzehn Tage später der Vor-

Infame Verleumdung des Bundeskanzlers

DT. Die Verleumdungskampagne der Kommunisten hat einen Höhepunkt erreicht, der nur noch einen tiefen Sturz zuläßt. Die Behauptung des sowjetischen Regierungsorgans „Iswestija“, Bundeskanzler Adenauer habe sich in der Washingtoner National-Galerie als Hakenkreuzmalzer betätigt, durchbricht die Grenze, die das Ungeheuerliche vom Lächerlichen trennt. Gleichwohl enthüllt sie aber, welch Geistes Kinder die Feinde unserer Freiheit sind, wie weit entfernt von Wahrhaftigkeit und Anstand lebt, was die Wunderblüte Sozialismus an den Straßenecken der Welt feilbietet. Die „Iswestija“ hat ihrem Herrn und Meister damit keinen Gefallen getan. Die Propaganda-Schraube ist überdreht; es mußte so kommen. Die sowjetische Selbstenttüllung erfüllt den sowjetüblichen Tatbestand des parteischädigenden Verhaltens. Das könnte auf Chruschtschow zurückfallen, dessen Schwiegerohn als Chefredakteur der „Iswestija“ für den Bumerang-Wurf verantwortlich ist...

sitzende des Rates des Kreises, Schulz, auch nicht weiterkam, eröffnete der Kreisstaatsanwalt den Bauern: „Es wird sofort eine zweite LPG gegründet, andernfalls werden schärfere Maßnahmen ergriffen.“ Inzwischen war das Ablierungsoll der noch freien Bauern überprüft worden und Namen und Rückstände nach Einbruch der Dunkelheit auf einem Pranger angestrahlt worden. In Begleitung ihrer weinenden Frauen hatten nach Mitternacht die letzten Bauern kapituliert.

Sie wußten keinen Ausweg mehr

Selbstmord unter dem Druck der Zwangskollektivierung

Berlin (dpa). Mehrere Selbstmordfälle von Bauern in der Sowjetzone, die sich vergebens gegen das rigorose Vorgehen der SED-Werber für den Eintritt in die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften gewehrt hatten, sind jetzt in Westberlin bekanntgeworden. Wie der Untersuchungsausschuß freier Juristen mitteilt, weigerte sich in der Gemeinde Pragsdorf im Kreis Neubrandenburg der 36jährige Heimatvertriebene Neubauer Klöhn als einziger noch, seinen Hof enteignen zu lassen und der LPG beizutreten. Als darauf der Druck gegen ihn, wie der Ausschuß schreibt, „unmenschliche Formen annahm“, erhängte er sich nachts in seinem Stall.

In Steckelsdorf im Kreise Rathenow glaubte der Altbauer Heinemann, der 15 Hektar bewirtschaftete, keinen Ausweg mehr vor den Werbern finden zu können. Er erhängte sich in seiner Scheune. In der Gemeinde Ossendorf im Kreise Fürstenberg/Oder erlag die 50jährige Bäuerin Ida Gaul

einem Gehirnschlag, nachdem die Funktionäre immer radikaler gegen ihren Mann vorgegangen waren.

In Ostberliner Zeitungen wurde behauptet, eine vor kurzem von dpa verbreitete Meldung über den Selbstmord einer Bäuerin in Domsdorf bei Forst, gleichfalls eine Folge des Drucks zum Eintritt in die LPG, treffe nicht zu. Tatsächlich ist jedoch dieser Selbstmord von einem Flüchtling in dem Westberliner Flüchtlings-Durchgangslager Marienfelde geschildert, mit Unterschrift bestätigt und darauf gemeldet worden.

Bonn demonstrierte

4000 Bonner Studenten und Bürger demonstrierten am Donnerstagabend in einem Schweigegemersch in Bonn gegen die Zwangskollektivierung der Bauern in der Zone. Die Studenten zeigten Spruchbänder mit Aufschriften wie „Bauern in der Zone, wir denken an euch“, „Freiheit für 17 Millionen“, „Schluß mit der brutalen Entrechtung“, „Bauernlegen — angewandte Koexistenz?“

faßte sich mit den Auswirkungen der Kollektivierung. Er begrüßte das Anfang März von den Bischöfen der Sowjetzone an Zonenministerpräsident Grotewohl gerichtete Schreiben, in dem die Sorgen der Kirche im Hinblick auf die Kollektivierung der Landwirtschaft dargelegt worden waren.

10 000 kamen im März

Im März haben sich 9814 Flüchtlinge aus der Sowjetzone und Ostberlin bei den Behörden in Westberlin gemeldet. Das ist die bisher höchste monatliche Flüchtlingszahl dieses Jahres. Noch im Vormonat waren nur 7461 Flüchtlinge registriert. Das Ansteigen der Flüchtlingszahlen wird fast ausschließlich durch die Flucht von Bauern bestimmt, die sich geweigert haben, den ländlichen Produktionsgenossenschaften beizutreten.

Akademisches Ost-West-Gespräch

Berlin (ap/upi). Professoren der Universitäten Heidelberg und Leipzig haben bei einem ersten akademischen Gespräch in der Messestadt in allen grundlegenden Fragen kein Einverständnis erzielen können. Das Gespräch soll bei einem Gegenbesuch der Leipziger Professoren in Heidelberg fortgesetzt werden. Das geht aus einer gemeinsamen Erklärung der Rektoren beider Universitäten hervor, die von der sowjetzonalen Nachrichtenagentur adn veröffentlicht wurde.

In den Gesprächen wurde das Verhältnis von Wissenschaft und Politik, die Stellung der wissenschaftlichen Hochschulen im Staat und das Wesen der akademischen Freiheit und der Persönlichkeitsbildung erörtert. Der Gedankenaustausch habe aber zur Klärung einer Reihe von Fragen beigetragen, die die wissenschaftlichen Hochschulen in beiden Teilen Deutschlands betreffen, heißt es in dem Communiqué. Die Besucher aus dem Bundesgebiet hätten einen Studentenaustausch zwischen Leipzig und Heidelberg angeregt.

1500 Bauern flüchteten seit Januar

Bundesrepublik soll Zwangskollektivierung übernehmen

Berlin (upi). Nachdem rund 1500 Bauern der Sowjetzone seit Beginn der Kollektivierungswelle im Januar dieses Jahres in die Bundesrepublik geflohen sind, befaßte sich das SED-Zentralkomitee mit dem „genossenschaftlichen“ Prinzip in der Landwirtschaft. In einer Rede, die von der Ostpresse am Freitag ganz oder in Auszügen abgedruckt wurde, empfahl SED-Sekretär Ulbricht die Kollektivierung der Landwirtschaft auch für die Bundesrepublik. Er bezeichnete sie gleichzeitig nur als die „erste Etappe der großen sozialistischen Umgestaltung des Dorfes“.

Mit heftigen Angriffen auf die „bauernfeindliche Politik der Bonner Regierung“ verband Ulbricht die „Erwartung“, daß sich das genossenschaftliche Prinzip in der Landwirtschaft, ausgehend von der genossenschaftlichen Nutzung der Land-

maschinen, auch in der Bundesrepublik durchsetzen werde.

Ulbricht gab Schwierigkeiten zu, die durch die Bildung der LPG für die Frühjahrsbestellung entstanden seien: „Wir wissen, daß in diesem Jahr die Feldbestellung in den vollgenossenschaftlichen Dörfern sehr kompliziert ist, da vielfach erst bei der Herbstbestellung die Zusammenlegung der Felder zu großen Schlägen möglich ist.“

Der Westberliner „Untersuchungsausschuß freier Juristen“ hat die internationale Juristenkommission in Genf ersucht, Vertreter nach Berlin zu entsenden, um die vom SED-Regime bei der Zwangskollektivierung des Bauerntums angewandten Methoden zu untersuchen.

Der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), der unter Vorsitz von Bischof Dibelius in Berlin tagte, be-



BILDER DER WOCHE. Oben: Mit höflicher Verbeugung wurde Bundeskanzler Adenauer bei seinem Japan-Besuch von den Angestellten des Ryuguden-Hotels in Hakone empfangen. — Unten: Gegen die Zwangskollektivierung der Bauern in der Sowjetzone demonstrierten in Bonn mehr als 4000 Studenten und Bürger.

